

DOI: 10.5771/1866-377X-2025-2-88

Interview und Rezension: „Recht brechen – Eine Theorie des zivilen Ungehorsams“ von Samira Akbarian

Pauline Philipps

Jurastudentin in Marburg und Mitglied im Arbeitsstab Ausbildung und Beruf

Dass ziviler Ungehorsam gerade in der aktuellen Zeit ein überaus relevantes und viel diskutiertes Thema ist, steht außer Frage. *Samira Akbarian* schafft mit ihrem Buch eine Grundlage für die Diskussion über die gesellschaftspolitische Relevanz des „Rechtbrechens“ und ordnet das Thema dabei rechtswissenschaftlich ein. Dabei definiert sie zivilen Ungehorsam anhand verschiedenster Ansätze aus Soziologie, Demokratietheorie und Rechtswissenschaft immer wieder neu und zeigt Chancen und Möglichkeiten auf. *Akbarian* spricht aber auch über die Grenzen des zivilen Ungehorsams und erläutert, wie weit Ungehorsam gehen kann, um noch zivil zu bleiben und so gerade einen Gegenpol zu antidemokratischen Strömungen zu bilden. Nach *Akbarian* ist ziviler Ungehorsam gerade keine Form des militanten Protests, den es zu unterbinden gilt, sondern ein essenzieller Bestandteil einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft.

Das Thema ziviler Ungehorsam ist kein verpflichtender Bestandteil des juristischen Studiums, dabei wäre das doch so wichtig, wenn man *Akbarian* folgt und diesen nicht nur als eine Art des Protests gegen herrschende Strukturen ansieht, sondern als eine Form der Verfassungsinterpretation. Denn wer, wenn nicht angehende Jurist*innen sollten die Verfassung auslegen und interpretieren können? Gerade Jurist*innen müssen sich der Wandelbarkeit und Unbestimmtheit der Verfassung bewusst sein und deshalb auch die Vielfältigkeit ihrer Interpretationen anerkennen. Dabei muss nach *Akbarian* jedoch das Fundament, die Gleichheit und Freiheit aller Menschen, der wesentliche gemeinsame Nenner sein, der den zivilen Ungehorsam von rechts-extremen, antidemokratischen Strömungen abgrenzt. *Akbarians* Buch stößt dabei eine wichtige Debatte an und schafft gleichzeitig Hoffnung in unsere Verfassung als Zentrum unserer Demokratie.

Im Gespräch mit Dr. *Samira Akbarian* hatte ich die Möglichkeit, mehr über ihre Forschung zu zivilem Ungehorsam zu erfahren – insbesondere darüber, warum er gerade in der aktuellen politischen Lage von Bedeutung ist, welche feministischen Bezüge das Thema in Theorie und Praxis aufzeigt und auch wie ihr persönlicher Werdegang sie dieses Jahr zum Beitritt in den djB bewegt hat.

Was hat Dich dazu bewogen, zu diesem Thema, was in der Rechtswissenschaft noch eher unerforscht war, zu promovieren?

Ich habe neben dem Jurastudium parallel noch Politikwissenschaft und Soziologie studiert und mich insbesondere viel mit politischer Theorie beschäftigt. Nach meinem zweiten Staatsexamen wollte ich dann unbedingt promovieren und wusste, ich

Vita: Samira Akbarian



▲ Samira Akbarian, Foto: Patrick Pollmeier

Samira Akbarian studierte von 2010 bis 2015 Rechtswissenschaften an der Universität Bonn und an der Universität zu Köln. Daneben machte sie einen B.A. in Politikwissenschaft und Soziologie ebenfalls in Bonn. Ihr Referendariat absolvierte sie von 2015 bis 2017 am Landgericht Köln mit Stationen in Miami und London. Seit 2018 ist *Akbarian* wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main bei Prof. Dr. Volkmann (Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie). Ihre Dissertation „Ziviler Ungehorsam als Verfassungsinterpretation“, gefördert von der Studienstiftung des deutschen Volkes, wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Merkur-Preis für herausragende Dissertationen 2022 und dem deutschen Studienpreis 2023 in der Sektion Geistes- und Kulturwissenschaften.

möchte ein Thema behandeln, was sich zwischen Verfassungsrecht, politischer Theorie und Demokratietheorie bewegt. In meinem Studium hatte mich *Hannah Arendt* als Theoretikerin immer besonders fasziniert und dann bin ich auf ihren Aufsatz zum zivilen Ungehorsam gestoßen. Ihr verfassungstheoretischer Zugang zum zivilen Ungehorsam hat mich besonders interessiert. Dabei habe ich dann die Forschungslücke in der Rechtswissenschaft bezüglich zivilen Ungehorsams entdeckt, wenn man so will.

Für mich ist ziviler Ungehorsam eine Form der Verfassungsinterpretation.

Was genau ist für Dich ziviler Ungehorsam?

Für mich ist ziviler Ungehorsam eine Form der Verfassungsinterpretation. Es geht darum, dass man die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht nur in die Revolution, sondern auch in die Verfassung stecken kann. Für mich ist ziviler Ungehorsam deshalb Ausdruck von Verfassungspatriotismus. Ich muss nicht

eine neue Verfassung machen, ich kann auch mit dieser Verfassung schon arbeiten. Und auch diese Verfassung ist so gut, dass sie meine normative Vision einer besseren Zukunft entwickeln kann. Damit beschränke ich aber natürlich die Möglichkeiten für revolutionäre Bewegungen. Das ist ein Spannungsfeld, in dem man sich bewegt. Das Paradox in diesem Begriff des zivilen Ungehorsams ist, dass er eigentlich gar kein Ungehorsam ist, sondern sich als Gehorsam gegenüber der Verfassung versteht.

Findest Du den Begriff zivilen Ungehorsam denn insgesamt passend?

Ich bin mit Begriff eigentlich zufrieden, aber er ist für mich nicht analytisch. Das bedeutet, dass es kein Begriff ist, den wir nutzen können, um sauber Sachen voneinander abzutrennen, sondern es ist ein Rechtfertigungsbegriff. Für uns als Forscher*innen, aber auch als Aktivist*innen, ergibt sich dadurch die Möglichkeit, den Begriff auch anders zu besetzen. Und dafür plädiere ich, wenn ich sage, dass diese rechtfertigende Wirkung des Begriffs „zivil“ nicht als höflich, sondern als bürgerschaftlich verstanden werden sollte. Denn ziviler Ungehorsam richtet sich in erster Linie an die eigenen Mitbürger*innen.

Wäre das Argument der Verfassungstreue etwas, was man den Kritiker*innen beispielsweise der Klimaproteste entgegenhalten kann?

In Deutschland haben wir manchmal ein etwas beschränktes Verständnis von Demokratie. Ein Verständnis, dass Demokratie hauptsächlich als parlamentarische Demokratie versteht und diese sehr eng mit Rechtsstaatlichkeit verknüpft. Aber Rechtsstaat und Demokratie sind erstmal zwei unterschiedliche Konzepte, die in der liberalen Demokratie zusammengeführt werden und, wie Habermas es ausdrückt, „gleichursprünglich“ sind. Proteste, auch radikalere Formen, sind Ausdruck einer lebendigen Demokratie und bilden die Säule, die auch eine repräsentative liberale Demokratie braucht, um bestehen zu können. Es muss deshalb Möglichkeiten geben, außerhalb dieser repräsentativen, defizitären Mechanismen. Mein Kollege *Tim Wihl* drückt es so aus, dass die Protestative wie eine vierte Gewalt ist. Diese Volkssouveränität muss auch auf der Straße sichtbar sein und nicht nur an der Wahlurne. Das scheint sich aber noch nicht restlos etabliert zu haben in Deutschland.

In Deiner Forschung sprichst Du von Gleichheit und Freiheit als zentrales Argument, um zivilen Ungehorsam von antidemokratischen, populistischen Strömungen abzugrenzen. Was ist da für Dich genau der Unterschied?

Ziviler Ungehorsam als Rechtfertigungsbegriff bedeutet, dass wir damit einen zumindest potenziellen Rechtsbruch rechtfertigen wollen, weil der Ungehorsam etwas anderes ist als eine „normale“ Straftat. Das ist mit dem Wort zivil gemeint. Und um diese Rechtfertigungsleistung zu erbringen, brauchen wir meines Erachtens Kriterien zur Unterscheidung zwischen Ungehorsam und zivil. Dafür möchte ich die Idee der Verfassung ins Zentrum stellen. Wenn man eine andere Interpretation anbietet, muss diese deshalb immer mit der Verfassung vereinbar sein. Damit

meine ich nicht die 146 Artikel des Grundgesetzes allein, sondern unsere Vorstellung von Freiheit und Gleichheit als Basis. Das ist das, was den zivilen Ungehorsam ausmacht. Für mich zeigt sich die Bindung an Freiheit und Gleichheit darin, dass insbesondere der Zweck des Protestes von der Idee des *Rechts auf Rechte* (*Arendt*) geleitet ist. Damit meine ich ein Recht darauf, Teil einer politischen Gemeinschaft zu sein, die einem die liberalen Rechte gewährt. Auf der Seite der Mittel – als Ausdruck der Gleichheit aller – beschränkt sich der Ungehorsam, um zivil zu sein, auf gewaltlose Mittel. Diese zeichnen sich für mich dadurch aus, dass man nicht die Verletzlichkeit anderer Personen aufs Spiel setzt, sondern mit seiner eigenen Verletzlichkeit als Protestmittel arbeitet. Das sind zwar immer noch keine scharfen Kriterien, aber es sind welche, mit denen wir eine Abgrenzung im Einzelfall möglich machen können.

Aber wie viel kann unsere Verfassung aushalten, wenn es gerade zahlreiche politische Bestrebungen gibt, die offensichtlich das Recht auf Rechte und auch die Idee von Gleichheit und Freiheit angreifen?

Es geht bei mir gerade nicht darum zu sagen „Es gibt *die* eine richtige Interpretation“. Wenn es diese eine „richtige“ Interpretation gäbe, dann hätten wir keine Demokratie mehr. Dass es Alternativen gibt, dass man die Dinge auch anders verstehen kann, das macht Demokratie aus. Das Recht auf Rechte ist aber eine Idee, die sagt, dass man Teil einer politischen Gemeinschaft sein können muss, die einem diese Rechte gewährt. Und das ist von Einzelfall zu Einzelfall anders. Insbesondere das Thema Migration ist daher besonders herausfordernd, weil dabei entschieden wird, wer Teil der politischen Gemeinschaft sein darf und diejenigen, die davon betroffen sind, gerade nicht mitentscheiden dürfen. Umgekehrt zeigt das Thema aber auch, dass es schwierig ist, ohne Rückhalt aus der politischen Gemeinschaft Migration zu ermöglichen und man sich schnell dem Vorwurf der Moralisierung aussetzt. Auch Klimaaktivist*innen haben natürlich mit diesem Vorwurf zu kämpfen. Das ist der Zwiespalt, in dem ziviler Ungehorsam sich bewegt: nicht besserwisserisch zu werden und trotzdem zu sagen „Es gibt eine Wahrheit, von der ich überzeugt bin und diese Wahrheit, der fühle ich mich mehr verpflichtet als beispielsweise einem einfachen Strafgesetz“.

Wie kann man denn zum Beispiel in der aktuellen Zeit im emanzipatorischen Sinne Recht brechen?

Ich persönlich verstehe mich als Rechtswissenschaftlerin nicht so, dass ich den Leuten vorgeben kann, wofür sie zivilen Ungehorsam ausüben sollen oder nicht. Mir geht es darum, eine Popularisierung und Pluralisierung der Verfassungsinterpretation zu ermöglichen. Die Verfassungsinterpretation darf nicht nur wenigen Experten vorbehalten sein, sondern jede*r kann sich auch in der politischen Gemeinschaft, als Gemeinschaft der Verfassungsinterpret*innen, einbringen. Das kann dann auch mal in Form eines „Rechtsbruchs“ stattfinden, der eine Loyalität zur Verfassung beweist. Zum Beispiel kann der illegale Grenzübertritt in manchen Fällen meiner Meinung nach ziviler Ungehorsam sein, wenn er die Grenzen dieser Gemeinschaft thematisiert. Nicht

jede*r Geflüchtete muss Arendt gelesen haben, um ein Bewusstsein dafür zu haben und auch bei anderen wecken zu wollen, dass die globale Ordnung Ungerechtigkeiten hervorbringt, die sich auch in der Abschottung von Grenzen widerspiegelt.

Wo siehst Du die feministischen Bezüge in deiner Idee des Rechtsbrechens?

Auch in der feministischen Bewegung gab und gibt es eine Tradition des zivilen Ungehorsams. Insbesondere die erste Welle, also zum Beispiel die Suffragetten übten mit spektakulären Aktionen zivilen Ungehorsam, um für ein Wahlrecht für Frauen einzutreten. Ein anderes Beispiel sind die Proteste gegen § 218 StGB. Wenn sich Frauen auf dem Spiegel-Cover abdrucken lassen und sagen „Wir haben dieses Gesetz gebrochen“ dann ist das eine Aktion des zivilen Ungehorsams. Ich glaube auch, dass queerfeministische und intersektionale Bewegungen einen wichtigen Aspekt des zivilen Ungehorsams deutlich machen. Nämlich, dass es Stimmen gibt, die in unserer Demokratie nicht repräsentiert werden. Die Aufgabe des zivilen Ungehorsams ist es deshalb auch, für Ungleichgewichte im Diskurs ein Ausgleich zu sein. Und dieser Diskurs ist leider oft von einer männlichen Perspektive geprägt. Da ist ziviler Ungehorsam ein Mechanismus, den feministische Forschung und Bewegungen nutzen können, um genau diese repräsentativen Ungleichgewichte auszugleichen. Der Kampf um das Wahlrecht ist das perfekte Beispiel, um zu zeigen, dass es gar keine andere Möglichkeit für Frauen gab, sich politisch zu engagieren, als zu protestieren. Und insofern ist die feministische Bewegung neben dem Kampf der Schwarzen für Anerkennung in den USA für mich eigentlich die paradigmatisch dafür, warum wir solche Proteste brauchen.

Deine Interpretation der Verfassung als Raum von Diskussionen macht Hoffnung, dass wir auf dieser Grundlage von Freiheit und Gleichheit innerhalb unserer Gesellschaft wieder mehr zusammenkommen. Würdest du das auch so sehen?

Das ist eine schöne Idee, ja. Diese Krisenhaftigkeit ist aber kein aktuelles Momentum in der Demokratie, sondern es ist sozusagen der Normalzustand, weil Demokratien immer fragil sind. Deswegen müssen wir uns streiten können und deswegen gehört der politische Konflikt inhärent zur Politik dazu. Die Bedingung dieses Konfliktes ist genau die Verfassung als Ordnung von Freien und Gleichen. Die übrigen Voraussetzungen unseres Zusammenlebens sind aber auch genau das, was wir immer wieder aufs Neue aushandeln können müssen.

Seit diesem Jahr bist Du auch Mitglied im djb, was hat Dich dazu bewogen?

Ich habe durch meine Arbeit noch einmal gemerkt, dass es wichtig ist, Vorbilder zu haben, insbesondere weibliche Vorbilder. Es ist auch eine Anforderung an mich als Wissenschaftlerin, die – wenn man aus dem Kämmerchen rauskommt, in dem man seine Doktorarbeit geschrieben hat – gestellt wird, und deswegen ist es wichtig, dass wir diese Netzwerke haben. Da war es mein Vorsatz fürs neue Jahr, mich ein bisschen mehr einzubringen oder genau solche Netzwerke zu unterstützen und Teil von ihnen zu sein.

Hattest Du denn auch Vorbilder während Deiner Ausbildung oder hast du aktuell welche?

Zu meiner Studienzeit gab es an meiner Universität kaum weibliche Lehrstuhlinhaberinnen. Das hat sich zum Glück mittlerweile ein bisschen geändert. Aber ich habe selbst auch ein Mentoring-Programm in Anspruch genommen und dann gemerkt, wie schön es sein kann, wenn man mal mit einer Frau spricht, die viele Erfahrungen nachvollziehen kann, die vorher immer eher privat waren. Ich habe deshalb weniger Vorbilder, zu denen ich aufsehe, sondern die Frauen, die mich am meisten inspirieren, sind eigentlich meine Peers. Für mich war das damals im Rahmen eines Frauen*kolloquium, das wir selbst unter den Doktorand*innen gegründet haben. Das sind alles Personen, die mich umgeben, die meine Freundinnen und Wissenschaftlerinnen sind, von denen ich aus der Diskussion auf Augenhöhe etwas gelernt habe. Unser Motto war „Bildet Banden“ und das kann ich auch nur jede*r Kolleg*in raten. Auch wenn Vorbilder wichtig sind, glaube ich, es ist vor allem wertvoll, ein Netzwerk zu finden, wo man in vertrauensvoller Atmosphäre über seine Arbeiten sprechen kann.

Was wäre der Appell, den Du abschließend an Leserinnen Deines Buches und vor allem an Jurist*innen richten würdest?

Ich kann dazu ermutigen, eine „feminist killjoy“ zu sein, wie Sara Ahmed es ausdrückt. Den Mut zu haben, auch zu stören und zu wissen, dass Stören auch zu einem politischen und sozialen Prozess dazugehört. Aus meiner Promotionszeit habe ich gelernt, dass es wichtig ist, mit anderen Frauen zusammenzuarbeiten, die einen unterstützen. Außerdem möchte ich gerade junge Leser*innen motivieren, auch den Mut zu haben und das Selbstvertrauen aufzubringen, über eine wissenschaftliche Laufbahn nachzudenken. Denn ich glaube, die Chancen stehen gerade gar nicht mal so schlecht für uns und insofern sollten wir das nicht von vornherein ausschließen, weil man denkt, dass man das nicht schaffen kann. Das sind für mich die drei wichtigsten Lehren, die jetzt nicht unbedingt mit meinem Buch allein zusammenhängen, aber dem ganzen Prozess, der sich drumherum entwickelt hat.

Vielen Dank für das Gespräch!



▲ Verlag C.H.Beck.